



Helin Evrim Sommer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Deutsche Waffen- und Rüstungsexporte in die Türkei leisten Beihilfe zum Völkerrechtsbruch!

„Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei muss suspendiert werden“, fordert MdB Helin Evrim Sommer, Sprecherin für Entwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE. Sie hat beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages prüfen lassen, ob Deutschland für die Lieferung von Leopard 2-Panzern in die Türkei eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit trägt. Sommer weiter:

„Trotz unterschiedlicher Rechtsauffassungen wiegen die Gründe schwer, dass der Krieg Erdogans gegen die Kurden in Syrien gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen verstößt und damit auch gegen den Artikel 1 des NATO-Vertrages. Dieser legt fest, dass die NATO-Mitglieder Konflikte gewaltfrei regeln sollen und Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit unter den Völkern nicht gefährden dürfen. Auch wenn die türkische Regierung den Einmarsch ihres Militärs in Nordsyrien als Selbstverteidigungsakt rechtfertigt, gibt es dazu bislang keine übereinstimmende Staatenpraxis und auch keinen triftigen Angriffsgrund. Von der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien gingen und gehen keine Gefahren für die türkische Bevölkerung aus. Die Türkei will nur von ihren eigenen aggressiven Absichten ablenken.“

Berlin, 12.02.2018
Bezug: Gutachten des
Wissenschaftlichen Diensts des
Deutschen Bundestags zur
völkerrechtlichen Verantwortlichkeit
Deutschlands für die Lieferung von
Leopard 2-Panzern v. 2.2.2018

Helin Evrim Sommer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77518

Damit stellt sich die Frage, ob sich die Bundesregierung mit den 354 Kampfpanzern, die zwischen 2006 und 2011 an die Türkei geliefert wurden, der Beihilfe zum „völkerrechtlichen Delikt“ schuldig gemacht hat. Im Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes wird dies wegen der fehlenden Kenntnis um deren spätere, mutmaßlich völkerrechtswidrige Verwendung eher verneint. Dabei hat die Türkei mit deutschen Panzern doch schon seit den 90er Jahren unzählige kurdische Dörfer im eigenen Land plattgewalzt und ist auch mehrmals bis auf irakisches Territorium vorgerückt. Zumindest könnte die Bundesregierung aber wohl bei künftigen Waffen- und Rüstungsexporten belangt werden, wenn Erdogan erneut friedliche Menschen in einem anderen Staat mit deutschen Waffen tötet, wie er es in Afrin gerade vormacht.

Ich fordere die künftige Bundesregierung auf, keine Waffen- und Rüstungsexporte in die Türkei zu genehmigen. Die Türkei ist kein vertrauenswürdiger Partner mehr. Die Kumpanei mit Erdogan muss endlich beendet werden. Anderenfalls leistet die Bundesregierung künftig Beihilfe zum Völkerrechtsbruch, ebenso wie sie eine Mitschuld für den Tod von unschuldigen Menschen trifft“.